

## ***Dringlichkeitsantrag***

Die Fraktion der Grünen beantragt nachfolgende Resolution in der September-Sitzung dem Gemeinderat vorzulegen und zu beschließen:

Der Gemeinderat der Gemeinde Zorneding appelliert an die Bundeskanzlerin, den Bundesumweltminister, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag und an den bayerischen Ministerpräsidenten, die derzeit geltende Laufzeit des Atomkraftwerkes Isar 1 nicht zu verlängern.

In jedem Fall ist bei einer Verlängerung der Laufzeit von kerntechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung unter besonderer Betrachtung der sicherheitstechnischen Voraussetzungen durchzuführen.

### **Begründung der Dringlichkeit**

Die Bundesregierung plant nach eigenen Verlautbarungen eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um acht, bzw. vierzehn Jahre. Das dazu erforderliche Gesetzgebungsverfahren soll nach einer Ankündigung der Bundeskanzlerin bis Ende September abgeschlossen werden. Wenn der Gemeinderat Zorneding in diesem Gesetzgebungsverfahren Gehör finden will, muss er sich umgehend zu der Problematik äußern.

### **Begründung der Resolution**

Die Resolution ist eine Stellungnahme der Gemeinde Zorneding zu den Bestrebungen, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. Die Gemeinde Zorneding möchte aufgrund seiner Betroffenheit durch das AKW Isar 1 mit der Resolution Einfluss auf die Meinungsbildung im Gesetzgebungsverfahren zur Laufzeitverlängerung nehmen.

Für die Gemeinde Zorneding geht vom AKW Isar 1 ein erhebliches Gefährdungspotential aus.

Das 1979 in Betrieb gegangene AKW Isar 1 genügt nicht mehr den heute an einen Neubau zu stellenden Sicherheitsanforderungen. Insbesondere muss auf den mangelnden Schutz gegen den Absturz von Flugzeugen und gegen terroristische Angriffe hingewiesen werden. Mindestens in diesen beiden Punkten hat sich die

Gefährdungseinschätzung seit der Inbetriebnahme so wesentlich erhöht, dass von einem Wegfall der ursprünglichen Beurteilungsgrundlage ausgegangen werden muss. Das vor 31 Jahren in Betrieb genommene AKW Isar 1 ist wie jede technische Anlage mit zunehmender Betriebsdauer auch störanfälliger. Das beweist die Störanfälligkeit der älteren deutschen Atomkraftwerke, die aus diesem Grund bereits vom Netz genommen werden mussten. Angesichts der besonderen Gefährdungssituation ist eine weitere Gefahrzeitverlängerung und damit Erhöhung des Gefährdungspotenziales des AKW Isar 1 nicht zu verantworten.

Der Landkreis Ebersberg und im speziellen auch die Gemeinde Zorneding haben sich per Kreistagsbeschluss bzw. Gemeinderatsbeschluss dazu bekannt, bis 2030 unabhängig von fossilen und endlichen Energieträgern zu sein. Die Gemeinde Zorneding setzt deshalb statt auf eine Laufzeitverlängerung des AKW Isar 1 auf den raschen Ausbau von erneuerbaren Energieträgern.

### **Hinweis zur Resolution**

Als erste Kommune hat die Stadt Landshut, auf Antrag von zehn CSU-Stadträten, die Resolution gegen eine Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes Isar 1 mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

In Ebersberg hat die Kreistagsfraktion der Grünen die Ortsverbände aufgefordert, die Resolution durch die jeweiligen Gemeinderatsfraktionen einzubringen.

Die Grafinger Grünen haben bereits einen Antrag gestellt.

Auch die Landkreis-SPD ist aktiv. Die SPD-Fraktion Vaterstetten hat ebenfalls die sog. „Landshuter Resolution“ in den Gemeinderat eingebracht.

Für die Fraktion der Grünen



Helmut Obermaier  
Fraktionssprecher